



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Familie, Jugend,  
Integration und Verbraucherschutz  
Herr Jochen Hartloff, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz



**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Postfach 31 70  
55021 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de  
[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)

17.12.2020

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Neneh Braum <a href="mailto:neneh.braum@mffjiv.rlp.de">neneh.braum@mffjiv.rlp.de</a>	06131 16-5670 06131 16175670

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-  
schutz am 10.12.2020**

**TOP 4 „Jugendstudie der TUI-Stiftung: Junges Deutschland in Zeiten von  
Corona“, Antrag der Fraktion der FDP,  
Vorlage 17/7515**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 4 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt. Ich berichte daher wie folgt:

Im Oktober 2020 ist die von der TUI-Stiftung herausgegebene Studie mit dem Titel „Junges Deutschland in Zeiten von Corona“ erschienen. Durchgeführt hat sie das Meinungsforschungsinstitut YouGov Deutschland GmbH.

Seit dem Jahr 2017 führt die TUI-Stiftung bereits die Studie „Junges Europa“ durch, um die Lebenswelt, Identität und politischen Einstellungen junger Menschen in Europa besser verstehen zu können. Um in diesem besonderen Jahr nun zusätzlich auch die Aus-



wirkungen der Corona-Pandemie auf die Einstellungen der Jugendlichen in Deutschland zu messen, wurden im September in unterschiedlichen Altersgruppen noch einmal rund 3.000 junge Menschen im Alter von 16 bis 26 und Erwachsene ab 27 Jahren befragt.

Bei der Auswertung der Befragung war von besonderem Interesse,

- wie die jungen Menschen die Corona-Verordnungen einschätzten
- und auch wie sie sich im Hinblick auf die Umsetzung der Verordnungen verhielten.

Die Ansicht, dass vor allem junge Erwachsene den Corona-Maßnahmen schlecht folgen würden, lässt sich entsprechend der Ergebnisse der Studie nicht bestätigen. Im Gegenteil:

- Die deutliche Mehrheit von 83 % der 16 bis 26-Jährigen gab an, sich an alle oder überwiegend alle Maßnahmen und Empfehlungen zur Eindämmung der Pandemie zu halten.
- Nur 11 % halte sich eingeschränkt daran und 2 % lehnten sie durchweg ab.

Bei der Abfrage nach der Angemessenheit der Maßnahmen

- bekräftigen 52 % die Verordnungen als angemessen.
- Für 23 % sind sie sogar (eher) nicht ausreichend; 19 % halten sie für übertrieben.

Die Motivation hinter der Einhaltung ist vor allem der Gesundheitsschutz anderer:

- 68 % halten diesen für sehr oder äußerst wichtig; für 54 % ist auch der Eigenschutz von besonderer Bedeutung.

Untersucht wurde auch die Wahrnehmung der jungen Menschen, in welchen Bereichen sie Einschränkungen als besonders belastend erlebt haben. Hier wurden nun auch die älteren Befragten von über 27 Jahren in die Analyse miteinbezogen:



- Von allen Befragten wurde die Reduzierung der sozialen (physischen) Kontakte als besonders belastend bewertet. Das geben 42 % der 16 bis 26-Jährigen an und bei den über 27-Jährigen liegt der Wert sogar bei 52 %.
- Mit 40 % der 16 bis 26-Jährigen und 35 % der über 27-Jährigen sind Einschränkungen in der Freizeit (z.B. Sport/Restaurants) am zweitschwersten.
- Einschränkungen in der Mobilität (Verzicht auf Reisen/Urlaub) sind mit 32 % bei den 16 bis 26-Jährigen und 36 % der über 27-Jährigen auf dem dritten Platz.

Wir begrüßen die TUI-Studie, denn sie gibt uns einen Einblick in die Sicht junger Menschen auf die Corona Pandemie und die gegen die Pandemie ergriffenen Maßnahmen.

Die Studie bestätigt unsere Einschätzung. Wie die Autorinnen und Autoren der Studie, haben wir in den letzten Monaten immer wieder deutlich gemacht, dass die wegen der Corona-Pandemie notwendigen Kontaktminimierungen gerade für Jugendliche besonders gravierend sind. Sie treffen diese in einer Lebensphase, in der sie sich allmählich vom Elternhaus lösen, um selbständig zu werden und daher besonders auf Kontakte und Möglichkeiten außerhalb des Elternhauses angewiesen sind.

Viele Jugendliche und junge Erwachsene verbringen einen großen Teil ihrer Freizeit in Sportvereinen, Jugendverbänden, Jugendzentren und anderen Jugendangeboten. Es ist daher wichtig, dass diese Angebote nicht wegbrechen, auch weil digitale Formate nicht immer möglich sind und vor allem die für junge Leute besonders wichtigen persönlichen Begegnungen nicht ersetzen können.

Hinzu kommt, dass junge Menschen auch auf persönliche Ansprache, Beratung und Unterstützung angewiesen sind. Dies gilt besonders bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen in schwierigen Lebenssituationen, bspw. bei Alltagskonflikten, Pubertätsproblemen, Problemen in der Schule, in der Ausbildung. Sie brauchen Erwachsene, jenseits der Familie, die ihnen zuhören und ihre Ängste und Sorgen auffangen können, ebenso wie sie die Gleichaltrigen brauchen, um sich mit ihnen auszutauschen, sich mit



ihnen über Meinungen und Werthaltungen auseinandersetzen und voneinander lernen zu können.

Daher haben wir alles dafür getan, dass die Angebote der Jugendarbeit und Jugendsozialarbeit im Frühjahr schnell wieder geöffnet waren für die jungen Menschen. Dies wurde bereits im Ausschuss für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 3. November 2020 dargestellt.

Sehr wichtig ist die Studie auch, weil sie deutlich macht, dass der Großteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen sehr verantwortungsvoll und solidarisch mit der Corona-Krise umgeht und die jungen Leute die Einschränkungen ganz überwiegend akzeptieren. Das widerspricht dem in der Öffentlichkeit teilweise gezeichneten Negativbild junger Menschen in Bezug auf Partys in einer Zeit, in der diese leider nicht gefahrlos möglich sind. Insofern begrüßen wir, dass die Studie hier die jungen Menschen selbst zu Wort kommen lässt.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder

Staatssekretärin